

---

## Griechenland

PETER ZERVAKIS

Die Neuorientierung der Athener Türkei-Politik, die Entspannung in den griechisch-türkischen Beziehungen nach dem Gipfel von Helsinki, die Aufnahme Griechenlands in das Schengener Abkommen, die Erfüllung der Beitrittskriterien für die Aufnahme in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ab 2001 und die Wiederwahl von Staatspräsident Konstantínos Stefanópoulos sowie der sozialistischen Regierung unter dem europhilen Konstantínos Simítis gehören zu den Höhepunkten im Berichtszeitraum 1999/2000.

### *Der Wandel der Athener Türkeipolitik*

Nach der Affäre Öcalan befanden sich die griechisch-türkischen Beziehungen Anfang 1999 auf einem Tiefpunkt. Der Stimmungswandel setzte erst ein nach der Ernennung von Geórgios A. Papandréou, Sohn des langjährigen Premiers Andréas Papandréou, zum neuen Außenminister. Nicht nur sein sichtbar gutes persönliches Verhältnis zu seinem weltoffenen türkischen Amtskollegen Ismail Cem, der aus einer zum Islam konvertierten jüdischen Familie entstammt, sondern auch seine positiven Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Türkei in humanitären Fragen während der Kosovo-Krise<sup>1</sup> erleichterten die griechischen Annäherungsversuche auf diplomatischer Ebene. Für den Außenminister galt dabei, Griechenland aus der selbstverschuldeten Isolation zu führen. Denn der „ewige Nachzügler“ hatte sich durch seine antitürkische Veto-Politik zum „Störenfried“ der Gemeinschaft gemacht.<sup>2</sup> In Interviews und Vorträgen stellte der rhetorisch eher blasse Pragmatiker Papandréou mit Zustimmung seines Regierungschefs die auf Kooperation statt Konfrontation basierende neue Türkeipolitik seines Landes vor.<sup>3</sup>

Ende Juni leitete „Jórho“ mit einer von seinen innenpolitischen Gegnern abwertend als „Liebesbrief“ bezeichneten persönlichen Note an Cem die voraussetzungslose Dialogbereitschaft seines Landes mit der Türkei ein.<sup>4</sup> In einem ersten längeren, persönlichen Gespräch in New York vereinbarten beide Minister den Einsatz von gemischten Arbeitsgruppen auf der Ebene hoher Beamter aus den zwei Außenministerien. Sie erhielten den Auftrag, über Themen von gemeinsamem Interesse, aber von „geringerer politischer Bedeutung“, zu verhandeln. Offene Streitfragen, wie der Konflikt um die Souveränitätsrechte in der Ägäis und das Zypern-Problem,<sup>5</sup> blieben dagegen bewusst ausgeklammert. Denn man wollte die Annäherung nicht von vornherein durch ein Aufflammen der Bedrohungsängste in der von Feindbildern beherrschten Öffentlichkeit Griechenlands gefährden.<sup>6</sup> In Gesprächsrunden

im Herbst und Winter arbeiteten dann die Diplomaten mehrere unterschriftsreife Vereinbarungen über eine verbesserte Zusammenarbeit auf folgenden Gebieten aus: Wirtschaftsfragen, Tourismus, Umweltschutz, Kulturaustausch und Bekämpfung des Personenschmuggels, des Rauschgifthandels und der organisierten Kriminalität sowie des Terrorismus.

Die diplomatischen Bemühungen um eine Wiederannäherung erhielten im Sommer 1999 eine unerwartete „atmosphärische“ Unterstützung seitens der öffentlichen Meinung in beiden Ländern. Die gegenseitige Hilfe und öffentlich bekundete humanitäre Solidarität mit den Erdbebenopfern in der Türkei und in Griechenland drückte unmissverständlich den Willen in beiden Bevölkerungen zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen aus.<sup>7</sup> Daraufhin stimmte Griechenland im September den Hilfszahlungen der Europäischen Union für die türkische Erdbebenregion zu. Und die Griechen kündigten ein Ende ihrer grundsätzlichen Blockadehaltung an gegenüber Finanztransfers an die Türkei im Rahmen der Zollunion.

### *Der Gipfel von Helsinki – ein griechischer Triumph?*

Das Tauwetter zwischen Ankara und Athen begünstigte den 'Deal' der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf ihrem Gipfeltreffen in Helsinki im Dezember 1999. Der Europäische Rat machte die Anerkennung der Türkei als zukünftigen Beitrittskandidaten von bestimmten Bedingungen abhängig. So bleibt die Türkei auch weiterhin ein Sonderfall bis sie die so genannten Kopenhagener Kriterien (Achtung der Menschenrechte, Schutz von Minderheiten, Demokratisierung) voll erfüllt und die „ungelösten Grenzstreitigkeiten“ mit Athen entweder bilateral oder vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag „friedlich“ löst. Die Gemeinschaft nimmt sich dabei das Recht heraus, die Fortschritte auf diesem Gebiet bis zum Jahr 2004 zu überprüfen. Darüber hinaus sollen die Beitrittsverhandlungen mit dem griechischen Inselteil Zyperns zunächst unabhängig von einer politischen Lösung des Konflikts abgeschlossen werden. Damit konnte sich die griechische Position augenscheinlich behaupten, weil das Junktim, Beitritt Zyperns nur nach Lösung des Konflikts, formal aufgegeben wurde. Über den eigentlichen Beitritt Zyperns in die Gemeinschaft allerdings nahm sich der Rat vor, erst später nach Würdigung aller dann „maßgeblichen Faktoren“ zu entscheiden.<sup>8</sup>

Diese Beschlüsse von Helsinki sind ein „Meisterstück byzantinischer Diplomatie“.<sup>9</sup> Während Griechenland auch im Hinblick auf sein Beitrittsgesuch zur WWU die handfesten Vorteile seiner neuen Entspannungspolitik auf europäischer Ebene vorgeführt bekam und der Türkei mit Zustimmung Griechenlands und ohne konkrete türkische Gegenleistung der lange verwehrte Status eines EU-Kandidaten eingeräumt wurde, hat sich die Europäische Union mit diesem Formelkompromiss rechtlich in keiner Weise gebunden. Die Vorbehalte vieler Mitgliedstaaten gegen einen Beitritt des geteilten Zypern bleiben bestehen und können in Zukunft wieder auf den Tisch kommen. Obwohl der türkische Premier Bülent Ecevit gegen zentrale Teile der Helsinki-Beschlüsse heftigste Kritik übte (Bindung auf das Datum 2004, Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, Beitritt Zyperns) und mit der Absage seiner

Teilnahme am Abschlusstreffen drohte, konnten sich letztlich die Entspannungspolitiker durchsetzen.<sup>10</sup>

### *Die Vertiefung des griechisch-türkischen Dialogs*

Nach dem Gipfel von Helsinki erfuhr der sich im Gang befindende griechisch-türkische Dialog eine weitere Vertiefung. Im Januar 2000 stattete Papandréou Ankara einen offiziellen Besuch ab, den ersten seit 38 Jahren; im Februar erfolgte der Gegenbesuch Cems in Athen. Neben der Unterzeichnung von bilateralen Abkommen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Nachbarstaaten ist die Besuchsdiplomatie der Außenminister, der später ein Besuch des griechischen Premiers in der Türkei folgen soll, an sich ein erster greifbarer Erfolg. Denn sie brach das Eis von beinahe vier Jahrzehnten kalten Krieges und half weiter beim Abbau des gegenseitigen Misstrauens und der Wiederbelebung der griechisch-türkischen Freundschaft im Geiste von Elefthérios Venizélos und Kemal Atatürk. Für beide Seiten unangenehme rhetorische Überraschungen blieben trotz unterschiedlicher Auffassungen in den zentralen Streitfragen aus. Dagegen legen die zwei Staaten weiterhin unterschiedliche Akzente in diesem vor Rückschlägen nicht freien Annäherungsprozess: Während Athen bestrebt ist, den griechisch-türkischen Dialog in den europäisch-türkischen Rahmen zu integrieren, möchte Ankara die Konflikte bilateral lösen und setzt ganz auf die Aufnahme vertrauensbildender Maßnahmen in der Ägäis. Dies wiederum stößt auf Vorbehalte seitens des griechischen Verteidigungsministeriums, das nach wie vor auf Abschreckung unter Beibehaltung der hohen Rüstungsausgaben setzt. Dagegen unterstützt Papandréou die türkische EU-Mitgliedschaft und bietet der Türkei den griechischen „Erfahrungstransfer“ bei der Anpassung an die komplizierten EU-Standards an. Er dokumentiert damit den Willen seines Premiers zur Fortsetzung des grundlegenden Wandels in der Athener Außen-, Wirtschafts- und Innenpolitik auch gegen innere Widerstände, um dauerhaft dem 'harten Kern' der Europäischen Union angehören zu können. Die über 130 Kontakte auf allen Ebenen der beiden Bürgergesellschaften legen bereits heute die Grundlage für eine tiefgreifende Veränderung in den griechisch-türkischen Beziehungen.

### *Griechenland ante portas*

Kennzeichen der griechischen Innenpolitik unter der sozialistischen Regierung des nüchternen Wirtschaftsexperten und Hochschullehrers aus Deutschland Simítis sind seit 1996 Stabilitätsorientierung, liberale Wirtschaftsreformen und Modernisierung bzw. Europäisierung. Zur Erreichung dieser Ziele konzentrierte sich der Premier ganz auf den Beitritt zur WWU und setzte relativ konsequent, aber nicht immer im vorgesehenen Tempo, einen rigiden Sparkurs und Privatisierungen durch, hauptsächlich zur Verkleinerung des künstlich aufgeblähten Staatssektors. Um bereits 2001 an der WWU teilnehmen zu können, legte Griechenland der Europäischen Kommission am 15. Dezember 1999 eine revidierte Fassung seines ambitionierten Konvergenzprogramms vor und reichte im März 2000 die offiziellen

Bewerbungsunterlagen für den WWU-Beitritt ein, nachdem die EU-Finanzminister ein positives Urteil abgegeben hatten, weil das Land erstmals alle harten Maastrichter Konvergenzkriterien punktgenau erfüllt hatte. Strittig ist vor allem unter deutschen Analysten, ob Griechenland die Konvergenz auf längere Sicht hin wird halten können. Besonders das Inflationsrisiko und die überragende Bedeutung der EU-Transfers für die anhaltende Subventionsmentalität der öffentlichen Hand werden als Gefahren für die Nachhaltigkeit der Haushalts- und Preisstabilität angesehen, die weitere Strukturreformen dringend erforderlich machen.<sup>11</sup>

Verständlicherweise drängte die griechische Regierung auch in anderer Hinsicht danach, nicht länger Außenseiter bleiben zu wollen. Die europäischen Partner gaben vor allem mit Blick auf den Helsinki-Gipfel trotz mancher Widerstände nach. Griechenland wurde ab 1. Januar 2000 mit Zustimmung der EU-Innenminister zum zehnten Mitgliedsland des Schengener Abkommens, das die Abschaffung der Grenz- und Passkontrollen für alle Bürger aus der Europäischen Union vorsieht. Das Land verfügt aber aufgrund seiner geografischen Randlage über ausgedehnte Außengrenzen zu Drittstaaten und hat mit einer hohen Zahl illegaler Flüchtlinge zu kämpfen. Sein Beitritt war wegen mangelnder Sicherung seiner Grenzen schon zweimal seit 1992 von den anderen Schengen-Partnern abgelehnt worden. Die Liberalisierung des Reiseverkehrs, die für die wirtschaftliche Haupteinnahmequelle Tourismus nicht unbedeutend ist, wird daher auch weiterhin nicht ohne die im Vertrag vorgesehenen „verdachtsunabhängigen Kontrollen“ auskommen können als Ersatz für den Wegfall der eigentlichen Grenzkontrollen.<sup>12</sup>

### *Eine „siegreiche Wahniederlage“?*

Die Simítis-Regierung hielt Anfang Februar für den geeigneten Zeitpunkt, um entgegen ihren Beteuerungen, die vierjährige Legislaturperiode bis zum Herbst voll ausschöpfen zu wollen, vorgezogene Neuwahlen für den 9. April anzukündigen. Sie begründete dies mit der Notwendigkeit zur Erneuerung des Wählerauftrages im Hinblick auf die Einführung des Euro, den eingeleiteten Entspannungsprozess mit der Türkei und die in Helsinki und New York angestrebte Lösung des Zypern-Problems.<sup>13</sup> Der Zeitpunkt dafür schien in der Tat günstig zu sein, weil die Regierung von ihren eindrucksvollen außen-, wirtschafts- und währungspolitischen Erfolgen des Jahres 1999 profitieren wollte, bevor sich deren Schwächen bemerkbar machten. Auch konnten die sichtbaren infrastrukturellen Verbesserungen in der Hauptstadt, wie z.B. die Athener Métro oder der neue Flughafen in Spáta, instrumentalisiert werden. Hinzu kam eine für griechische Verhältnisse eher ungewöhnliche informelle Große Koalition der beiden Volksparteien. Sie resultierte aus der grundsätzlichen programmatischen Übereinstimmung der stärksten Oppositionspartei Néa Dimokratía (ND) mit dem bisherigen Regierungskurs.<sup>14</sup> Der seit 1995 amtierende Staatspräsident Stefanópoulos, der sich als Landesvater in der griechischen Bevölkerung großer Beliebtheit erfreut, wurde folglich entgegen den ursprünglichen Erwartungen der öffentlichen Meinung gleich im ersten Wahlgang in der Voulí, dem griechischen Parlament, mit den 269 Stimmen sowohl der regie-

renden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PáSoK) als auch der ND wiedergewählt. Lediglich der eurokommunistische Synaspismós (Linksblock) hatte einen Gegenkandidaten aufgestellt, während sich die Kommunisten (KKE) und die linkspopulistische Demokratische Soziale Bewegung (DIKKI) der Stimme enthielten. Schließlich erhofften sich die Sozialisten aus dem hohen Ansehen ihres Vorsitzenden und Regierungschefs weit über die PáSoK hinaus, Kapital schlagen zu können.

Dennoch erhielten die regierenden Sozialisten nur etwa 70.000 Stimmen mehr als die konservative ND. Lediglich das die relativ stärkste Partei überproportional begünstigende Wahlrecht sicherte der PáSoK die absolute Mehrheit der Parlamentssitze. Der unerfahrene Oppositionsführer Kóstas Karamanlís, Neffe des verstorbenen Gründers der Dritten Republik, erzielte einen Achtungserfolg, weil er mit populistischen Parolen auf die sozialen Härten der Regierungspolitik der Sozialisten hinwies: wachsende Arbeitslosigkeit und Kriminalität, gravierende Mängel im Gesundheits- und Bildungssystem, ineffiziente Staatsverwaltung, Verkehrschaos und Ressentiments gegen illegale Flüchtlinge. Die sozialen Folgen des griechischen Anpassungsprozesses an die Europäische Union hatte Simítis in seiner ersten Amtszeit nicht wahrnehmen wollen. Da auch die ND keine Alternative zum Regierungskurs anzubieten hatte, entschied sich der griechische Wähler für den alten Regierungschef, der immerhin die Haushalts- und Preisstabilität garantiert und sich eisern gegenüber neuen Ausgabeprogrammen gibt. Neben einer Fortsetzung der Europäisierung des Landes versprach er in seiner Regierungserklärung, auch die sozialen Ungleichheiten angehen zu wollen, ohne aber dafür die WWU-Mitgliedschaft aufs Spiel zu setzen.<sup>15</sup>

## Anmerkungen

- 1 Entgegen den Befürchtungen der USA haben beide Staaten während der Kosovo-Krise gemeinsam mit ihren Nachbarn in Südosteuropa und der internationalen Staatengemeinschaft zur Stabilisierung des westlichen Balkan beigetragen. Türkische Militärflugzeuge mit Hilfsgütern durften mit ausdrücklichem Einverständnis Athens den griechischen Luftraum überqueren.
- 2 Vgl. Tsoukalis, Loukas: Greece: Like Any Other European Country?, in: *The National Interest*, (1999), S. 65-74.
- 3 Vgl. „Resolving Old Enmities“, in: *Newsweek*, International Edition, 21.02.2000 und Papandreou, Georgios A.: Greece and its Neighbours in 21st Century Europe, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 39 (1999) 1, S. 1-8.
- 4 *Athener Zeitung*, 2.7.1999.
- 5 Vgl. Axt, Heinz-Jürgen: Der Ägäis-Streit – ein unlösbarer griechisch-türkischer Konflikt?, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 39 (1999)2, S. 137-151 und Tzermias, Pavlos: Zypern: Brücke oder Stolperstein im griechisch-türkischen Verhältnis?, in: *Europäische Rundschau* (1999) 4, S. 33-41.
- 6 Vgl. Auernheimer, Gustav: Zum Bild der Türkei in Griechenland und seinen historischen Voraussetzungen, in: *Südosteuropa* 48 (1999) 5-6, S. 336-358.
- 7 *Frankfurter Rundschau*, 05.01.2000. Vgl. Hadjidimos, Katharina: The Role of the Media in Greek-Turkish Relations, in: *OSCE-Representative on Freedom of the Media, Freedom and Responsibility. Yearbook 1999/2000*, Wien 2000, S. 125-180.
- 8 Vgl. die Artikel 4, 8, 9a, 9b, 12 in den Schlussfolgerungen des Vorsitzes, *Europäischer Rat (Helsinki)*, 10./11.12.1999, SN 300/99 Anlagen, in: <http://www.europa.eu.int.rapid/cgi/>
- 9 *Süddeutsche Zeitung*, 25.7.2000.
- 10 *Reuter*, Jürgen: Athens Türkeipolitik im Wandel – Griechisch-türkische Beziehungen vor und

## DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EU

- nach dem EU-Gipfel von Helsinki, in: Südosteuropa Mitteilungen, 40 (2000)1, S. 47-64.
- 11 Handelsblatt, 30.8.1999 und 9.3.2000 und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Griechenland auf Eurokurs: Maastrichtkriterien erfüllt?, in: Wochenbericht 10 (2000), S. 123-126.
- 12 Frankfurter Rundschau, 4.1.2000.
- 13 Neue Zürcher Zeitung, 10.2.2000.
- 14 Vgl. dazu die Aussagen des Vorsitzenden der ND Karamanlis, Kostas: Greece: The EU's Anchor of Stability in a Troubled Region, in: Washington Quarterly 23, 2/2000, S. 5-9 und Tzermias, Pavlos: Polarisierung in Griechenland, Knapper PASOK-Sieg bei den Parlamentswahlen, in: Europäische Rundschau 2 (2000), S. 85-92.
- 15 Athener Zeitung, 28.4.2000.

### Weiterführende Literatur

- F.A.Z.-Institut: Länderanalyse Griechenland, Drachme auf Eurokurs, Frankfurt am Main 2000.
- Kalyvas, Stathis N.: The Greek Right: Between Transition and Reform, in: Frank L. Wilson (Hrsg.): The European Center-Right at the End of the Twentieth Century, London 1999, S. 87-115.
- Mitsos, Achilleas, Elias Mossialos (Hrsg.): Contemporary Greece and Europe, London 1999.
- Moschonas, Gerassimos: The Panhellenic Socialist Movement, in: Ladrech, Robert and Philippe Marlière (Hrsg.): Social Democratic Parties in the European Union, History, Organization, Policies, London 1999, S. 110-122.
- Papaschinopoulou, Mary (Hrsg.): Griechenland auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion, Wie kann von den deutschen Erfahrungen sinnvoll profitiert werden?, Baden-Baden 1999.
- Riemer, Andrea K.: Griechenland und Türkei im neuen Millennium. Stabilisierer versus Regionalmacht, Frankfurt am Main 2000.
- Rill, Bernd (Hrsg.): Griechenland: Politik und Perspektiven, Hans-Seidel-Stiftung, München 1999.
- Zervakis, Peter: Das politische System Griechenlands, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas, 2. Auflage Opladen 1999, S. 637-672.